

31. OKT.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886 890

P/XV/249 - 29. Oktober 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Wissenschaft - Kritisches Zentrum der Gesellschaft</u> Zum Wiesbadener Kongreß der SPD	77
3 - 4	<u>Gaitskell oder Wilson ?</u> Zur Führungskrise in der britischen Arbeiterpartei	72
5 - 6	<u>Im Ernstfall: Atombomben</u> Lehren aus den Manövern der Sowjetzoncnarmee	57
7	<u>Erfüllungshilfen der CDU ?</u> Gewissensnöte von Staatsbeamten Von Fritz Büttner, MdB	36

* * * * *
* * *

Wissenschaft - kritisches Zentrum der Gesellschaft

W.M. - Wiesbaden

Der Kongress "Wissenschaft und Politik in unserer Zeit", zu dem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands am 28. und 29. Oktober Freunde und Gäste nach Wiesbaden eingeladen hatte, soll weit mehr sein als die Proklamierung aktueller Forderungen auf einem bestimmten Spezialgebiet der Politik. Denn von ihrem Wesen her entzieht sich Kulturpolitik, wenn sie richtig verstanden wird, jeder Gleichsetzung mit anderen Fachbereichen des Politischen, so sehr sie das zunächst auch ist und sein muss. Wer von Kulturpolitik redet, muss sich darüber im klaren sein, dass es hier im Letzten um den tragenden Grund aller Politik geht, um ihre Verankerung in den Grundwerten menschlichen Zusammenlebens, ohne die sie zum blossen Manipulieren und Taktieren wird. Aus dieser Einsicht heraus standen auf dem Programm des Kongresses vor den Themen aus der Praxis des Tages wie Föderalismus, Finanzierung, Hochschule, Kulturpolitik im Ausland und in den Entwicklungsländern auch Referate, in denen es um die Stellung der Wissenschaft in der Gesellschaft von heute, um Probleme der modernen Demokratie, sowie um das Verhältnis von Politik und Kultur überhaupt ging.

Dass die Wissenschaft in der modernen Industriegesellschaft eine ungleich wichtigere Rolle spielt als in sozialen Strukturen früherer Epochen, ist fast zum Gemeinplatz geworden. Haben doch Erkenntnisse in den Naturwissenschaften und Erfindungen der Technik die Entstehung und Entwicklung dieser Industriegesellschaft zu einem grossen Teil überhaupt erst ermöglicht. Wie kaum je zuvor sind die Wissenschaften zu einem Politikum ersten Ranges geworden. Dadurch, dass heute nicht mehr wie einst in der ständischen Gesellschaft die Geburt, sondern die Art der Bildung mehr und mehr den sozialen Rang bestimmt, werden Wissenschaft und Erziehung für den Einzelnen und für die Gesellschaft schlechthin zum Schicksal.

Aber diese Entwicklung hat zugleich ihre gefährliche Kehrseite: Die scheinbar von der Wissenschaft geprägte Industriegesellschaft droht in eine neue Hierarchie von Funktionären verschiedener Ausbildungsstufen zu entarten. Die Freiheit ist heute nicht nur von aussen bedroht, sondern vielleicht mehr noch von den in der Industriegesellschaft immanenten Prozessen, die ein Machtmonopol der über Planung, Bau und Einsatz der Maschinen verfügenden Schicht heraufzuführen scheinen. Das gilt nicht nur für die entwickelten Industrieländer, sondern ebenso für die

jungen Nationen, die sich anschicken, ganze Phasen der Industrialisierung und Technisierung in Europa und Nordamerika zu überspringen. Wie kann angesichts dieser weltpolitischen Situation die Freiheit gesichert, wie muss die Demokratie ausgestaltet werden, damit sie ihre geistige Ausstrahlungskraft auf die eben unabhängig gewordenen Völker behaupten kann?

Diese Frage stand im Mittelpunkt des Wiesbadener Kongresses. Nur wenn wir bei uns selbst ein Modell mitmenschlichen Verhaltens realisieren werden wir auch andere von der Demokratie überzeugen. Weder Ideologien noch auch nur materielle Hilfen vermögen die Macht des Beispiels zu ersetzen. Nicht auf Schlagworte von der Freiheit, sondern allein auf die freiheitliche Gesinnung muss es dabei ankommen. Sie muss sich manifestieren in einem - wie es Dr. Adolf Arndt in seinem Vortrag nannte - "konstitutionellen Pluralismus" unserer Gesellschaft, in einem Neben- und Miteinander von Staat, Parteien, Verbänden und Glaubensgemeinschaften. Keine dieser Gruppen darf sich auf der Ebene des Politischen absolut setzen, muss Wort und Existenzberechtigung der anderen vorbehaltlos anerkennen. Dieser Pluralismus bedeutet jedoch nicht verwaschene Standortlosigkeit, er muss gebunden bleiben in der Anerkennung von allen gemeinsamen Grundwerten, die allerdings nicht von der Verpflichtung auf alte metaphysische Wahrheiten abhängig gemacht werden dürfen. "Der soziale Staat und die menschenwürdige Gesellschaft sind ein Vorletztes", so formulierte es Adolf Arndt, "ihnen kann nicht gerecht werden, wer sich übernimmt, einzig im Namen des Letzten zu leben und dadurch das uns anvertraute Diesseits missachtet".

Heute geht es darum, dass der Einzelne ein nüchternes Verhältnis zu Staat, Wissenschaft und Gesellschaft erwirbt, ein Bewusstsein, dass hinter dem Ganzen keine anonyme Macht steckt, kein Kollektivwesen irrationaler Art, sondern viele einzelne wie er. Dies freilich wird sich durch institutionelle Maßnahmen allein nicht erreichen lassen. "Hier"- und damit sprach Professor Dr. Helmuth Plessner, der Rektor der Universität Göttingen, im Eingangsreferat des Kongresses die heute wichtigste Aufgabe freiheitlicher Kulturpolitik an - "hier erwächst der Wissenschaft ein neues Feld. Sie darf sich nicht mehr darauf beschränken, Lieferant technisch verwertbarer Formeln zu sein, auch nicht auf Weitergabe angchäufte traditioneller Bildungsgüter, noch auf praktische Vorbildung für bestimmte Berufe. Die Wissenschaft, und besonders die Geisteswissenschaft, hat heute die Chance, das kritische Zentrum der Gesellschaft zu werden. Sie muss ihr den Schutz vor sich selber verschaffen", so schloss Prof. Plessner, "damit die schöpferischen Kräfte nicht verschüttet werden, deren Quellen im einzelnen Menschen liegen: In seinem Gewissen, seinem Widerspruchsgeist, seinem kritischen Vermögen, seiner unstillbaren Sehnsucht nach einer besseren Welt".

Gaitskell oder Wilson?E.A. - London

Am Donnerstag dem 3. November wird das Ergebnis der Wahlen zum Fraktionsvorstand der Labour-Party bekannt gegeben werden. Der von den Unterhausabgeordneten gewählte Fraktionsvorsitzende wird automatisch zum Parteiführer. Seitdem im Jahre 1955 Clement Attlee die Parteiführung abgegeben hatte, war Hugh Gaitskell alljährlich wieder zum Parteivorsitzenden gewählt worden. Zum ersten Male wird jetzt seine Führung ernsthaft durch einen Gegenkandidaten herausgefordert. Hinter der Kandidatur von Harold Wilson stehen alle diejenigen Kreise in der Labour-Party, welche aus allen möglichen politischen und auch persönlichen Gründen Gaitskell kritisch gegenüberstehen. Wird Gaitskell wiedergewählt, so ist der politische Kurs der Parteiführung klar vorgezeichnet, Hugh Gaitskell tritt mit aller Energie für allgemeine Weltabrüstung, und bis sie kommt, für Grossbritanniens Verbleib in NATO-Bündnis ein und will den Parteitagsbeschluss in Scarborough, der bedingungslose einseitige Atomabrüstung Grossbritanniens verlangt, rückgängig zu machen suchen. Nicht so klar wäre die politische Linie, wenn Harold Wilson Parteiführer würde. Obwohl auch er bisher für ein britisches Verbleiben in der NATO eingetreten ist, so sucht er jedoch einen Kompromiss zwischen den NATO-Freunden und den Unilateralisten - den Anhängern der einseitigen atomaren Abrüstung - herbeizuführen. Was Harold Wilsons Anhänger im Augenblick einigt, ist das Misstrauen gegen Gaitskell, nicht aber eine gemeinsame politische Auffassung in der Verteidigungsfrage.

Gaitskell ist weit über die Grenzen Grossbritanniens hinaus eine wohlbekannte Persönlichkeit. Harold Wilson ist aber weniger bekannt und es lohnt sich daher, ein kurzes Profil des Mannes zu geben, der sich anbietet, die britische Arbeiterpartei in Zukunft führen zu wollen.

Als die Labour-Party am Ende des Krieges eine überraschend grosse Mehrheit im Unterhaus erlangte, wurde Harold Wilson als 29-jähriger ins Parlament gewählt. Clement Attlee gab dem vielverheissenden jungen Mann den Posten eines parlamentarischen Staatssekretärs und machte ihn im Jahre 1947 zum Handelsminister. Die rasche Beförderung kam nicht unerwartet. Schon lange bevor Harold Wilson als Abgeordneter gewählt worden war, hatte man von ihm als einem politischen Wunderkind gesprochen. Als begabter Schüler hatte er auf dem Gymnasium Huddersfield ein Stipendium zum Universitätsstudium in Oxford erhalten. Nach dem Studium

29. Oktober 1960

wurde er Professor für Wirtschaftswissenschaften in Oxford. Als der Weltkrieg ausbrach, meldete sich Wilson freiwillig zum Militärdienst, wurde aber stattdessen als Direktor für Wirtschaft und Statistik in das Energieministerium eingestellt. Auf diesem Posten erwarb er sich die intimen Kenntnisse der britischen Kohlenindustrie, die nach dem Kriege der Labourregierung bei der Verstaatlichung der Kohle trefflich zustatten kamen.

In der Partei gehörte er zu dem linksradikalen Bevanflügel, solange dieser Aussichten hatte, die Kontrolle der Partei zu übernehmen. Als die Bevanisten an Einfluss verloren, schwankte Wilson zu Gaitskell über. Demals wurde ihm von seinen ehemaligen linken Freunden der Vorwurf gemacht, daß er seiner Karriere zuliebe bereit sei, politische und persönliche Freunde im Stich zu lassen.

Wilson's Sozialismus entstammt den Verhältnissen in Yorkshire, seiner Heimat, wo sein Vater Chemiker in einer der Wollfabriken war, welche unter den Wirtschaftsdepressionen nach dem ersten Weltkrieg stark zu leiden hatten. Armut und Not in Yorkshire führten bereits den Vater ins sozialistische Lager und veranlassten Harold, Ökonomie zu studieren. Für ihn ist Sozialismus kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen.

Als Handelsminister zeigte er grosses Verhandlungsgeschick. Im Jahre 1947 verhandelte der junge Minister mit dem viel älteren und erfahreneren Mikojan in Moskau über den Abschluss eines englisch-russischen Handelsvertrages. Als die Russen in einer die ganze Nacht andauernden Verhandlungssitzung die britische Delegation völlig erschöpft hatten, rang Wilson weiter mit Mikojan. Als es sechs Uhr morgens schlug, unterzeichnete Wilson mit Mikojan unter dem Schmarchen der übrigen Delegierten das erreichte Abkommen.

Bisher kann Wilson auf die Unterstützung der Linkssozialisten der Gruppe "Victory for Socialism", der Unilateralisten, einiger Gewerkschaftsabgeordneten, der gerade links von der Mitte stehenden Abgeordneten wie Crossman, Barbara Castle, Ness Edwards und sogar von dem ehemaligen Verteidigungsminister Emmanuel Shirwell rechnen. Werden sie ausreichen, um Wilson eine Mehrheit über Gaitskell zu geben oder wenigstens um Gaitskells Autorität so stark zu schwächen, dass eine effektive Führung der Partei unmöglich wird?

Im Ernstfall: Atombomben

Kn. Die Sowjetzonenarmee hat jetzt ihre Manöver beendet, bei denen Übungsmässig der Abwurf von Atombomben und der Abschuss von Atomgranaten angenommen worden ist. Wenn im Westen auch wenig über diese kriegsmässige Übung bekannt wurde, so kann doch davon ausgegangen werden, dass man von einer Lage ausging, die in Verbindung mit den tiefgestaffelten sowjetrussischen Angriffsarmeen in der norddeutschen Tiefebene vom Baltikum bis in den Raum von Schwerin steht. Diese russischen Divisionen sind in der Lage, mit Atomwaffen anzugreifen und atomversuchte Zonen und Flussmündungen mit ihren voll-mechanisierten Geräten zu durchfahren.

Wenige Wochen vorher hatten in Schleswig-Holstein die bisher grössten Nachkriegsmanöver in der Bundesrepublik von westdeutschen, englischen, dänischen, kanadischen und belgischen Truppen unter der Bezeichnung "Hold fast" stattgefunden, die von der Marineübung mehrerer NATO-Staaten "Bone dry" in der westlichen Ostsee begleitet worden war. Auch bei dieser Übung wurde manövermässig die Anwendung von Atombomben und Raketen mit Atomsprengköpfen angenommen. Während die Zone die Zielgebiete der atomaren Sprengköpfe verschweigt, ist bekannt geworden, dass in Schleswig-Holstein im Ernstfall rund 500 000 Menschen getötet oder verletzt worden wären, wenn die Atomsprengköpfe so wie vorgesehen in die Siedlungsbereiche der Zivilbevölkerung gefallen wären.

Diese Gegenüberstellung genügt, um drastisch vor Augen zu führen, dass sich beiderseits des Eisernen Vorhanges jetzt Staatengruppen gegenüberstehen, die mit Atomsprengkörpern üben lassen, zu einem Zeitpunkt, da von dem Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa kaum noch gesprochen wird. Dabei muss aber betont hinzugefügt werden, dass die Manöver im Osten den Charakter einer handfesten Angriffsübung gegen den Norden der Bundesrepublik trugen, während die Übung "Hold fast" in Schleswig-Holstein zweifelsfrei die Abwehrübung eines aus dem Osten einströmenden Gegners darstellte.

Aber nicht nur übungsmäßig, sondern auch in der atomaren Bewaffnung oder zumindest in der Ausrüstung mit Raketen, die auch Atomsprenghöpfe tragen können, schieben sich die Machtblöcke in Europa gegeneinander vor, wobei der Nord- und Ostseebereich eine wesentliche Rolle spielt. Die Vereinigten Staaten haben bekanntgegeben, dass ihre mit den Polarisraketen ausgerüsteten und atomgetriebenen Unterseeboote künftig in der Nordsee kreuzen sollen, wobei als Basis Schottland vorgesehen ist, falls die Besprechungen zwischen London und Washington positiv ausgehen, was erwartet wird. Aber auch Chruschtschow hat erklärt, dass die Sowjetunion atomar angetriebene U-Boote besitzt, wobei im Falle der Wahrheithaftigkeit der Aussage davon ausgegangen werden kann, dass diese Schiffe dann auch Raketen hätten und zuerst in der Ostsee eingesetzt würden. Dieser Konfrontierung der Dinge muss aber ebenfalls hinzugefügt werden, dass Sowjetrussland nach Schluss des letzten Krieges mit seinen Satelliten eine mächtige Flotte aufzurüsten begann, zu einem Zeitpunkt, da die Amerikaner mit dem Einmotten oder Abwracken ihrer Flotte beschäftigt waren.

Es bleibt aber die böse Tatsache der Gegenwart, dass Atomgranatenträger zur See und auch zu Lande beiderseits des Eisernen Vorhanges in den letzten Monaten neu stationiert worden sind. Inmitten dieses bitteren Geschehens kann und sollte die Bundesrepublik mit ihrer inzwischen recht kampfkraftig gewordenen Bundeswehr natürlich keine vorgeprellte Rolle spielen, worüber sich wohl alle Parteien einig sind.

Die Bundesrepublik kann ihre Rolle in dieser Situation (die ja letztlich durch das Scheiternlassen der Pariser Gipfelkonferenz seitens Chruschtschows und dessen letztes grobes Vorgehen in der Vollversammlung der UN in New York herbeigeführt worden ist) nur an der Seite der anderen NATO-Partner spielen.

+ + +

Erfüllungsgehilfen der CDU ?

Von Fritz Büttner, MdB

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 26. 10. 1960 hat Arbeitsminister Blank auf eine Frage des Abgeordneten Prof. Dr. Scheilenberg geantwortet, daß seine Beamten mit seiner Einwilligung und auf seine Anweisung Änderungsvorschläge und Abänderungsanträge für die CDU/CSU erstellen.

Dies bezieht sich nicht nur auf das wenig gut vorbereitete Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz, sondern auch auf das Vorschaltgesetz der CDU-CSU zur Unfallversicherungs-Neuregelung, dem Nachläufer des SPD-Vorschaltgesetzes.

In der ihm eigenen arroganten Art hat Minister Blank auch zugestanden, anderen Fraktionen "Formulierungshilfe" bei Gesetzentwürfen im Rahmen der Geschäftsordnung durch seine Beamten zu stellen. Es kommt auf einen Versuch an, wie diese Zusage ausgelegt wird.

Was im Rahmen der Fragestunde aber nicht deutlich genug zum Ausdruck gekommen ist, ist das Folgende:

Die gleichen Beamten, die im Jahre 1958 einen Entwurf im Auftrage des Bundesarbeitsministerium erarbeiteten, in dem die Möglichkeit der Zwangseintreibung nicht gezahlter Kostenbeteiligungsbeiträge vorgesehen war, die gleichen Beamten, die den Regierungsentwurf erarbeiteten, müssen jetzt auf Anordnung des Ministers zahlreiche Abänderungen ihres damals nach bestem Wissen und Gewissen erarbeiteten eigenen Grundlagen vornehmen. Das ist aus verschiedenen Gründen eine schlechte Sache. Man soll Beamte nicht in solche Gewissenskonflikte bringen. Es ist ganz offensichtlich, daß das Gesetz, von dem Minister Blank noch in jüngster Zeit behauptet hat, es sei die Diskussionsgrundlage, auf Geheiß des Kanzlers aus wahltaktischen Gründen in hektischer Eile verabschiedet werden soll.

Wenn man berücksichtigt, daß die Fassung der RVO einen Zeitraum von acht Jahren erforderlich gemacht hat, sollte man jetzt eine echte Reform der Krankenversicherung nicht auf einen kurzen Zeitraum vor der Wahl nach verschiedenen Fehlstarts beschränken. Das wird keine Reform, das wird nun ein Stückwerk. Und für ein solches Flickwerk sollte man nicht noch öffentliche Gelder in Form von Verwaltungskosten für die Ausarbeitung verschiedener Auffassungen verwenden.

+ + +

Verantwortlich: Günter Marksheffel